

DIE LINKE im Rat der Stadt Geilenkirchen
Stellungnahme zum Etatentwurf der Stadt Geilenkirchen 2014

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

zum Abschluss der Wahlperiode werde ich einmal die strukturelle Tendenz dieses Etatentwurfes etwas beleuchten und mich dabei auf die in diesem Rat beschlossenen oder nicht beschlossenen Fakten beschränken.

„Ich will nicht, dass diese „Asis“ zu der Schule gehen, an der meine Tochter unterrichtet wird“.

Ein Zitat von einem Lehrer an einer Geilenkirchener Schule in der ersten großen Pause unter zustimmendem Nicken einer Kollegin.

Sie mögen vielleicht von dieser krassen Sprache etwas geschockt sein; aber tauschen Sie doch einfach mal den Terminus „Asis“ aus und ersetzen ihn durch den Begriff „Schülerinnen oder Schüler“.

Dann lautet das Zitat:

„Ich will nicht, dass **diese Schüler** zu der Schule gehen, an der meine Tochter unterrichtet wird.“

Kürzer und treffender kann die von der Mehrheit in diesem Hause getragene Schulpolitik in dieser Stadt nicht formuliert werden.

Das dreigliedrige Schulsystem wird durch diesen Etatentwurf weiter festgeschrieben. Sie hatten hier den Vorschlag der Verwaltung auf dem Tisch, untermauert durch eine große Mehrheit bei der Elternbefragung, die Realschule auslaufen zu lassen.

Dieser Vorschlag wurde aus ideologischen Gründen einfach abgelehnt.

Die Chance auf ein gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse vertan.

Das dreigliedrige Schulsystem mit Zähnen und Klauen in letzten Rückzugsgefechten verteidigt.

Jedem hier dürfte bekannt sein, dass der soziale Status des Elternhauses immer noch über die Ausbildung der Kinder entscheidet.

In dieser Stadt hätte man einen Riesenschritt in die richtige Richtung machen können, der auch haushalterisch noch ökonomischer gewesen wäre. Konkret: Geld für die klamme Stadt hätte man sparen können mit einem besseren Ergebnis.

Aber Sie wollten nicht, „ dass diese Schüler zu der Schule gehen, an der Ihre Tochter unterrichtet wird“.

Eine eindeutige Entscheidung in diesem Rat im Interesse der Privilegierten.

Ebenso halten Sie nach wie vor, vergleichbar mit einem kleinen gallischen Dorf, an der Geschwisterkind-Regelung fest. Fast alle umliegenden Gemeinden und der Kreis geben die vom Land gewährten Zuschüsse, die gezahlt werden, damit die Eltern für den Kita-Besuch ihrer Kinder im letzten Jahr nicht mehr mit Gebühren belastet werden, an die Familien weiter.

Bei Familien mit mehreren Kindern, die diese Entlastung besonders gut gebrauchen könnten, erheben Sie nun kurzerhand die Gebühren für das bisher gebührenfreie zweite Kind.

Der vom Land gezahlte Zuschuss geht also völlig an seiner Intention, die Eltern zu entlasten, vorbei.

Nicht die Eltern mit Kindern werden entlastet, sondern der städtische Haushalt wird entlastet. Eine klare Entscheidung der Mehrheit in diesem Haus gegen die weniger Privilegierten.

In einem dritten Punkt, befristete Arbeitsverhältnisse ohne Sachgrund, könnte ein Zeichen gesetzt werden. Zugegeben, in diesem Bereich gibt es üblere Beispiele als bei uns in Geilenkirchen. Dennoch könnte die Stadt auf solche Arbeitsverhältnisse verzichten, zumal es sich nur um eine geringe Anzahl handelt. Die Symbolwirkung sollte man nicht unterschätzen. Hier kann deutlich gemacht werden, dass man die unwürdigen Auswirkungen der Agenda 2010 ablehnt. Aber auch in diesem Feld wird **im Prinzip** eine Arbeitsmarktpolitik erkennbar, die sich gegen die weniger Privilegierten richtet.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf eine Situation aus dem letzten Jahr hinweisen, die man „wirtschaftlich“ vernachlässigen könnte. Da wird ein Zuschuss für die Weihnachtsbeleuchtung gewährt, von dem eine Gruppe Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt profitiert, die sich diese Aufwendungen locker selber leisten könnte. Auf der anderen Seite gibt es eine Einrichtung, **den Bürgertreff**, die zunehmend an Bedeutung gewinnt. Mit unermüdlichem Einsatz arbeiten hier Ehrenamtler, die es Menschen ohne große finanzielle Kapazitäten ermöglichen, ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten. Ein Zuschuss, der für die oben beschriebene Gruppe „mit dem eigentlich verbrannten aber in diesem Fall zutreffenden Begriff“ Peanuts bezeichnet werden kann, wäre hier eine große Hilfe. Wenn schon eine Kommune nicht selber solche Einrichtungen unterhält, wäre eine Bezuschussung doch erste Bürgerpflicht. Auch hier erkennbar, eine Politik für die Privilegierten und gegen die weniger Privilegierten.

Das Fazit: **Ein Haushalt für Privilegierte!!!**,

den die Linke natürlich ablehnen wird.

Vielen Dank.

Es gilt das gesprochene Wort.